# **BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**

Landtag

18. Wahlperiode

79. Sitzung 19. 03. 15 Nr. 18/1290 – 18/1308

### Nr. 18/1290

### Fragestunde

- Unerkannte Tuberkulosefälle bei Flüchtlingen?
   Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. Februar 2015
- "Kostenfallen im mobilen Internet"
   Anfrage der Abgeordneten Sarah Ryglewski, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 17. Februar 2015
- Krankenhaushygiene im Land Bremen
   Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Winfried Brumma, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 17. Februar 2015
- Quelltext von Überwachungssoftware
   Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 17. Februar 2015
- Lokale Werbung durch nationale Fernsehkonzerne
   Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 17. Februar 2015
- 7. Evaluation der schulischen Inklusion in Bremen und Bremerhaven Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2015
- 8. Operative Fallanalyse Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Februar 2015
- Chancen der "Wind-to-Gas"-Technologien für Bremen und Bremerhaven Anfrage der Abgeordneten Patrick Öztürk, Wolfgang Jägers, Arno Gottschalk, Andreas Kottisch, Frank Schildt, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 19. Februar 2015
- Straftaten von Angehörigen ethnischer Clans im Land Bremen Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 25. Februar 2015
- 11. Wie gut ist Bremen vor Masern geschützt? Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Februar 2015

12. Genmais-Anbau: Verantwortung auf die Bundesländer abschieben? Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Februar 2015

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

 Tagessätze in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 10. März 2015

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

14. Abschlussarbeiten von Studierenden unter Verschlussvorbehalt an der Hochschule Bremerhaven

Anfrage der Abgeordneten Silvia Schön, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. März 2015

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

 Abschiebungen aus dem Land Bremen
 Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 12. März 2015

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

#### Nr. 18/1291

# Keine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit zulassen – Novelle des BremHG nachbessern!

Antrag der Fraktion der CDU vom 10. März 2015 (Drucksache <u>18/1774</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

# Nr. 18/1292

#### **Drittes Hochschulreformgesetz**

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2015 (Drucksache <u>18/1736</u>) 2. Lesung

Б

Dazu

# Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 10. März 2015

(Drucksache <u>18/1772</u>)

u n d

# Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. März 2015

(Drucksache 18/1794)

Die Bürgerschaft (Landtag lehnt den Änderungsantrag (Drs. 18/1772) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag (Drs. 18/1794) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

#### Nr. 18/1293

# Bericht und Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum Dritten Hochschulreformgesetz (Drs. 18/1736)

vom 3. März 2015

(Drucksache 18/1766)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Ausführungen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

#### Nr. 18/1294

#### Unterkünfte und Wohnraum für Geflüchtete im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 12. Dezember 2014 (Drucksache 18/1674)

Dazu

#### Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2015

(Drucksache 18/1759)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

#### Nr. 18/1295

# Zwischenbericht zum Entwicklungsplan Partizipation und Integration: Integration im Handlungsfeld Bildung

Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2014 (Drucksache <u>18/1680</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

### Nr. 18/1296

### Abschlussbericht zum Entwicklungsplan Partizipation und Integration

Mitteilung des Senats vom 10. März 2015 (Drucksache 18/1779)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

### Nr. 18/1297

# 4. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming in der bremischen Verwaltung

Mitteilung des Senats vom 19. November 2013 (Drucksache 18/1155)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

# Nr. 18/1298

# 4. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming in der bremischen Verwaltung

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau vom 16. Dezember 2014 (Drucksache <u>18/1686</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.

## Nr. 18/1299

#### Wie werden swb-Standorte und swb-Arbeitsplätze in Bremen ab 2020 gesichert?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Dezember 2014 (Drucksache 18/1687)

Dazu

#### Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2015

(Drucksache <u>18/1760</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

### Nr. 18/1300

# 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 21. März 2014

(Drucksache 18/1319)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

### Nr. 18/1301

# Stellungnahme des Senats zum 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

Mitteilung des Senats vom 12. August 2014 (Drucksache <u>18/1520</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

# Nr. 18/1302

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 21. März 2014 (Drs. 18/1319) und zur Stellungnahme des Senats vom 12. August 2014 (Drs. 18/1520)

vom 17. Dezember 2014

(Drucksache 18/1689)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

### Nr. 18/1303

# 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 21. März 2014

(Drucksache <u>18/1320</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

#### Nr. 18/1304

# Stellungnahme des Senats zum 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 12. August 2014

(Drucksache 18/1521)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

#### Nr. 18/1305

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 21. März 2014 (Drs. 18/1320) und zur Stellungnahme des Senats vom 12. August 2014 (Drs. 18/1521)

vom 17. Dezember 2014

(Drucksache 18/1690)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

#### Nr. 18/1306

#### LuxLeaks muss ein Wendepunkt für die europäische Steuerpolitik werden!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 13. Januar 2015 (Drucksache 18/1697)

D 2 7 11

Dazu

# Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 11. März 2015

(Drucksache 18/1781)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene für folgende Ziele einzusetzen:

- vollständige Transparenz über die jeweilige Wertschöpfung und Gewinnerzielung durch vollständige Berichterstattung "Land für Land" ("country by country") nicht nur wie inzwischen für Banken, sondern für alle Wirtschaftszweige;
- Einführung eines öffentlichen Registers über sogenannte tax rulings (Einzelabsprachen zwischen Unternehmen und Steuerbehörden eines Landes) durch
  Änderung der EU-Rechnungslegungsrichtlinie. Einführung einer Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle in Deutschland;
- Klarheit über Unternehmensbesitzverhältnisse durch ein öffentliches europäisches Registers, geregelt in der Anti-Geldwäsche-Richtlinie der EU;
- europaweites Verbot von sogenannten Patent— und Lizenzboxen, die allein der Steuervermeidung durch Verrechnung realer Gewinne mit scheinbaren Verlusten dienen. Als erster Schritt in Deutschland Erlass einer "Lizenzschranke" mit Mindestbedingungen;
- Zurückzahlungspflicht von Steuervermeidung als illegale Beihilfe, Stärkung der Wettbewerbsprüfungen der Kommission;
- europaweit einheitliche Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern von Großunternehmen und auf dieser Grundlage Einführung von Mindestsätzen für die Unternehmensbesteuerung;

EU-weite Mindeststandards für Doppelbesteuerungsabkommen, keine Doppelbesteuerungsabkommen mit Steueroasen.

### Nr. 18/1307

Versorgungssituation von seelisch verletzten und psychisch kranken Menschen mit geistiger Behinderung verbessern!

Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2015 (Drucksache <u>18/1701</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

#### Nr. 18/1308

### Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

Aktenhalden bei der Polizei
 Antrag der Fraktion der CDU vom 20. Januar 2015
 (Drucksache 18/1709)

2. Fit für die Vergabe

Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2015 (Drucksache 18/1719)

- Passgenaue Ausbildungsgänge in der Kultur- und Kreativwirtschaft schaffen Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Januar 2015 (Drucksache 18/1723)
- 4. Facebook-Fahndung einführen

Antrag der Fraktion der CDU vom 17. Januar 2012 (Drucksache 18/199)

5. Facebook-Fahndung einführen

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres und Sport vom 3. Februar 2015 (Drucksache <u>18/1725</u>)

 Die erfreuliche Geburtensteigerung in Bremen durch Investitionen in Kreißsäle unterstützen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 10. Februar 2015 (Drucksache <u>18/1732</u>)

 Geburtshilfe im Rahmen der Landeskrankenhausplanung mit Niedersachsen weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 17. März 2015 (Drucksache 18/1789)

Grundgesetz achten, Glaubens- und Bekenntnisfreiheit respektieren!
 Antrag (Entschließung) der Gruppe BÜRGER IN WUT vom 16. Februar 2015
 (Drucksache 18/1743)

9. Gesetz über Versammlungen im Land Bremen (BremVersG)

Antrag der Fraktion der CDU vom 10. Februar 2015 (Drucksache <u>18/1730</u>) 1. Lesung

10. Abstimmungsverhalten des Senats im Bundesrat öffentlich machen

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 17. Februar 2015 (Drucksache <u>18/1744</u>)

11. Senat muss Bundesratsinitiative des Freistaats Bayern zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagniskapital und Gründer beitreten

Antrag der Fraktion der CDU vom 17. Februar 2015 (Drucksache <u>18/1749</u>)

12. Elektronische Fußfesseln zur Überwachung islamistischer Gefährder

Antrag der Fraktion der CDU vom 17. Februar 2015 (Drucksache <u>18/1750</u>)

13. Pilotprojekte für integratives, soziales und nachhaltiges Bauen Mitteilung des Senats vom 17. Februar 2015 (Drucksache 18/1751)

14. Bremer Bündnis für Wohnen – 2. Wohnraumförderungsprogramm Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2015

(Drucksache 18/1758)

15. Volksfeste bewahren - Bestandsschutz für ältere Fahrgeschäfte

Antrag der Fraktion der CDU vom 19. Februar 2015 (Drucksache <u>18/1756</u>)

16. Bedingungen für effektiven Kinderschutz verbessern – Gesetzliche Fall-Obergrenze für die Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter des Jugendamtes jetzt einführen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 3. März 2015 (Drucksache <u>18/1764</u>)

17. Neuaufstellung des Landschaftsprogramms Bremen, Teil Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 3. März 2015 (Drucksache 18/1768)

18. Bremische Entwicklungszusammenarbeit weiterentwickeln

Mitteilung des Senats vom 3. März 2015 (Drucksache 18/1769)

